

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**„Entwicklungsplan Partizipation und Integration“ als Instrument der Diversitätspolitik nutzen und Schwerpunkte setzen!**

Das bisherige Integrationskonzept der Freien Hansestadt Bremen, das Maßnahmen, Projekte und Initiativen im Bereich der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund benannt hat, wird durch den „Entwicklungsplan Partizipation und Integration“ für die Jahre 2012 bis 2015 fortgeschrieben und weiterentwickelt.

Es gilt nun, diesen Entwicklungsplan als integrationspolitisches Instrument zu nutzen. Auf der Grundlage einer ressortübergreifenden Diversitätspolitik soll die Nachhaltigkeit der Integrationsprojekte zukünftig überprüft werden. Dabei sollte das Ziel sein, von dem bisherigen Merkmal Mehrheit/Minderheiten wegzukommen und stattdessen die Beziehungen aller Gruppierungen zueinander zu berücksichtigen.

Der Appell des Entwicklungsplans „Beteiligung fördern – Gemeinsamkeiten und Vielfalt stärken“ kann ein wirksames Instrument der Diversitätspolitik sein. Dafür müssen seine 14 Handlungsfelder definiert und bewertet werden. Wesentlich ist dabei der im Entwicklungsplan selbst gekennzeichnete Evaluationsbedarf. Aufmerksamkeit sollte verstärkt denjenigen Bereichen zugewandt werden, in denen konzeptionelle Defizite erkannt wurden oder die in der Durchsetzung der integrationspolitischen Ziele noch nicht weit genug vorangeschritten sind. Insbesondere dort, wo die Ermittlung von geeigneten Indikatoren, wie z. B. im Bereich der Antidiskriminierung, besonders schwierig ist, muss auf ein deutschlandweit vergleichbares Verfahren hingewirkt werden.

Eine konsequent verfolgte Diversitätspolitik erfordert Schwerpunktsetzungen. Einzelne, in der Integrationsdebatte noch strittige Fragen können so aufgegriffen und breit diskutiert werden. Bei diesem Prozess ist eine größtmögliche gesellschaftliche Einbindung erforderlich. Partizipation und Integration können nur unter Einbeziehung aller Ressorts und der Zivilgesellschaft vorangebracht werden.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, für die im vorliegenden „Entwicklungsplan Partizipation und Integration“ gekennzeichneten Bereiche, in denen Evaluationsdefizite bestehen, Konzepte für die Evaluation zu entwickeln und vordringlich umzusetzen.

Dies soll in Abstimmung mit den Akteuren in den zuständigen Ressorts sowie mit Projektträgern in den Einrichtungen und in der Zivilgesellschaft erfolgen. Es sollen dabei Schwerpunkte gebildet werden, über die jährlich wie folgt zu berichten ist:

1. Integration im Handlungsfeld Beschäftigung im Jahr 2013,
2. Integration in den Handlungsfeldern Bildung (frühkindliche Bildung, schulische Bildung, Weiterbildung) und Ausbildung im Jahr 2014 und
3. der Abschlussbericht im Jahr 2015.

Dr. Zahra Mohammadzadeh, Dr. Hermann Kuhn, Dr. Stephan Schlenker,
Linda Neddermann, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Marie Hoppe,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Valentina Tuchel, Klaus Möhle, Mustafa Güngör, Sükrü Senkal,
Helmut Weigelt, Dieter Reinken,
Björn Tschöpe und Fraktion SPD